

Beantwortung des Schreibens der SPS vom 2. Juni 1991.
 Verhandlungen über EWR-Vertrag und Transitabkommen

Aufgrund des Antrags des EVD vom 14. Juni 1991
 Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Die Antwort auf das Schreiben der SPS vom 2.6.91 wird mit Aenderungen gutgeheissen.
2. Mitteilung an die SPS durch die Bundeskanzlei.

Für getreuen Auszug,
 der Protokollführer

Protokollauszug an:
 ohne / mit Beilage

z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
	X	EDA	8	—
	X	EDI	8	—
	X	EJPD	5	—
		EMD		
		EFD		
X		EVD	8	—
	X	EVED	5	—
		BK		
		EFK		
		Fin.Del.		



EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA
 DEPARTAMENT FEDERAL DA L'ECONOMIA PUBLICA

Beantwortung des Schreibens der SPS vom 2. Juni 1991,
 Verhandlungen über EWR-Vertrag und Transitabkommen

Bern, den 14. Juni 1991

Aufgrund des Auftrags des EVD vom 14. Juni 1991

Aufgrund der Ergebnisse des Verfahrens wird

An den Bundesrat

beschlossen:

Beantwortung des Schreibens der SPS vom 2. Juni 1991 an den Bundesrat
 Verhandlungen über EWR-Vertrag und Transitabkommen

1. Im beiliegenden Brief an den Bundesrat macht die Sozialdemokratische Partei der Schweiz ihren Standpunkt zu den EWR - Verhandlungen und zur bilateralen Verkehrsverhandlung Schweiz - EG klar.
2. Wir beantragen, dem beiliegenden Antwortentwurf zuzustimmen.

J. - P. Delamuraz

Für seinen Auftrag,
 der Protokollführer

Beilage: erwähnt

Protokollauszug an:

- EVD
- EDA
- EJPD
- EVED



DER SCHWEIZERISCHE BUNDESRAT

Beantwortung des Schreibens der SPS vom 2. Juni 1991.
Verhandlungen über EWR-Vertrag und Transitabkommen

Aufgrund des Antrags des EVD vom **14. Juni 1991**
Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Die Antwort auf das Schreiben der SPS vom 2.6.91 wird gutgeheissen.
2. Mitteilung an die SPS durch die Bundeskanzlei.

Herr Präsident,

Herr Zentralsekretär,

Wir danken Ihnen für ihr Schreiben vom 2. Juni 1991, mit dem Sie uns Ihre Standpunkte bezüglich EWR und Transit zur Kenntnis bringen.

Die von Ihnen formulierten Anforderungen decken sich weitgehend mit unseren Zielsetzungen.

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer

- Schrittweise Umlagerung auf die Schiene nach Menge bei unzureichender Kapazität auf der Schiene.
- Kostenlockerung des Güterverkehrs auf der Schiene wie auf der Strasse. Dabei sind natürlich auch die EG-Entwicklungen zu berücksichtigen, im Rahmen der Anlastung der Wegebaukosten gleichzeitig - in einer zweiten Phase - der externen Kosten.
- Die EG akzeptiert die 28-Tonnen-Begrenzung. Die am 6. Juni im Auge gefassten geringfügigen Ausnahmsfälle im Rahmen des Strassenverkehrsgesetzes bedürfen keines Einbruchs, keine Aufweichung. Sie sind als minimale Flexibilität in einem umfassenden Verhandlungsprozess zu werten, die zu verschiedenen Bedingungen geknüpft ist.
- Die Urner Thesen zum Alpenstrahl wurden zurzeit verwaltungsmässig eingehend geprüft.



DER SCHWEIZERISCHE BUNDESRAT

Bern, den Juni 1991

Sozialdemokratische Partei
der Schweiz
Postfach

3001 BERN

EWR - Verhandlungen / Verkehrsverhandlungen

Herr Präsident,
Herr Zentralsekretär,

Wir danken Ihnen für Ihr Schreiben vom 2. Juni 1991, mit dem Sie uns Ihren Standpunkt bezüglich EWR und Transit zur Kenntnis bringen.

Die von Ihnen formulierten Anforderungen an ein Verkehrsabkommen Schweiz - EG decken sich weitgehend mit unseren Zielsetzungen :

- Schrittweise Umlagerung auf die Schiene nach Massgabe unserer rasch zunehmenden Kapazitäten auf der Schiene.
- Kostendeckung des Güterverkehrs auf der Schiene wie auf der Strasse. Dabei sind natürlich auch die EG-Entwicklungen zu berücksichtigen, im Rahmen der Anlastung der Wegekosten einschliesslich - in einer zweiten Phase - der externen Kosten.
- Die EG akzeptiert die 28-Tonnen-Begrenzung. Die am 6. Juni ins Auge gefassten geringfügigen Ausnahmen, im Rahmen des Strassenverkehrsgesetzes, bedeuten keinen Einbruch, keine Aufweichung. Sie sind als minimale Flexibilität in einem umfassenden Verhandlungsprozess zu werten, die an verschiedene Bedingungen geknüpft ist.
- Die Urner Thesen zum Alpen transit werden zurzeit verwaltungsintern eingehend geprüft.

- 2 -

Was das Spannungsfeld Umweltschutz / EWR - Verhandlungen anbelangt, ist klar, dass wir die gesetzlichen Vorgaben weiterhin verfolgen. Bei den Abgasvorschriften für Motorfahrzeuge beispielsweise ist die EG den EFTA - Ländern inzwischen weitgehend entgegengekommen. Die Probleme können im wesentlichen durch Uebergangsfristen gelöst werden.

Schliesslich bekräftigen wir, dass die Schweiz auch in der Schlussphase zäh weiterverhandeln wird. Nach Abschluss der Verhandlungen werden wir das Gesamtergebnis werten und über das weitere Vorgehen entscheiden.

Wir danken für Ihr Interesse und Ihre Vorschläge und versichern Sie, Herr Präsident, Herr Zentralsekretär, unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Verhandlungen über EWR-Vertrag und Transitabkommen

Herr geehrter Herr Bundespräsident
Herr geehrte Herren Bundesräte

Die Verhandlungen um den EWR-Vertrag und um ein Transitabkommen gehen in die letzte Runde. Wie verschiedenen Presseberichten zu entnehmen ist, erwägt der Vorstand des EVED beim Transitabkommen einen Kompromissvorschlag in der Frage des 40-Tonnen-Korridors. Die SP Schweiz möchte im Vorfeld der wichtigen anstehenden Entscheidung ihren Standpunkt noch einmal mit aller Deutlichkeit klarmachen:

Wir hoffen einen EG-Befritt und die Unterzeichnung eines Transitabkommens für sinnvoll. Gegenüber der EG beschränken sich unsere Vorbehalte auf zwei Gebiete:

- Die Güter müssen im Transitverkehr auf die Bahn kommen. Dies im Sinne der Alpen-Initiative, die von der SP mitunterstützt wird. Nur die hohe Auslastung der Bahn rechtfertigt die riesigen Investitionen in eine NEAT.

- Ein EWR-Vertrag - der im besten Fall ein erster Schritt zu einem EG-Befritt sein kann - darf uns im Bereich der Umwelt nicht an der Weiterentwicklung unserer Politik auf diesem Gebiet hindern. Wir treten hier für notwendige Uebergangsbestimmungen ein bis zur Erreichung unserer gesetzlich vorgeschriebenen Umweltziele.

Für anderen offenen Fragen kann die Schweiz nach unserer Überzeugung durch interne Reformen in der Schweiz EG-kompatibel lösen. In den Schlussverhandlungen haben sich aus unserer Sicht sowohl der Bundesrat wie die schweizerische Verhandlungsdelegation auf diese zwei Fragen zu konzentrieren.

+41 31 230065
 02 JUN 1991 17:43 SP SCHWEIZ BERN 031 230065
 Pavillonweg 3, 3012 Bern
 Postfach/Case postale, 3001 Bern
 PC 30-28039-3
 Tel. 031/24 11 15, Fax 031/23 00 65



Sozialdemokratische Partei
 der Schweiz



Parti Socialiste Suisse
 Partito Socialista Svizzero

BU	
- 3. 05. 91	D
Mühl. BR	
ED	
EDI	
EJPD	
EMD	
EFD	
EVD	
EVED	
BR	
BR	

GENERALSEKRETARIAT EVD	
- 4. JUNI 1991	
GS	SA
BAWI	TS
BIGA	
BLW	
BVET	
BFK	
BWL	
Bundesrat	
EGV	
KK	
KF	
PU	
Reg. Nr. 2520-1	

Eilig per Fax

Geht an den Gesamtbundesrat
 Bundeshaus
 3003 Bern

Bern, den 2. Juni 1991

7.

Verhandlungen über EWR-Vertrag und Transitabkommen

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
 Sehr geehrte Herren Bundesräte

Die Verhandlungen um den EWR-Vertrag und um ein Transitabkommen gehen in die letzte Runde. Wie verschiedenen Presseberichten zu entnehmen ist, erwägt der Vorsteher des EVED beim Transitabkommen einen Kompromissvorschlag in der Frage des 40-Tonnen-Korridors. Die SP Schweiz möchte im Vorfeld der wichtigen anstehenden Entscheide ihren Standpunkt noch einmal mit aller Deutlichkeit klarmachen:

1. Wir halten einen EG-Beitritt und die Unterzeichnung eines Transitabkommens für sinnvoll. Gegenüber der EG beschränken sich unsere Vorbehalte auf zwei Gebiete:

- Die Güter müssen im Transitverkehr auf die Bahn kommen. Dies im Sinne der Alpen-Initiative, die von der SP mitunterstützt wird. Nur die hohe Auslastung der Bahn rechtfertigt die riesigen Investitionen in eine NEAT.
- Ein EWR-Vertrag - der im besten Fall ein erster Schritt zu einem EG-Beitritt sein kann - darf uns im Bereich der Umwelt nicht an der Weiterentwicklung unserer Politik auf diesem Gebiet hindern. Wir treten hier für notwendige Uebergangsbestimmungen ein bis zur Erreichung unserer gesetzlich vorgeschriebenen Umweltziele.

Alle anderen offenen Fragen kann die Schweiz nach unserer Ueberzeugung durch innere Reformen in der Schweiz EG-kompatibel lösen. In den Schlussverhandlungen haben sich aus unserer Sicht sowohl der Bundesrat wie die schweizerische Verhandlungsdelegation auf diese zwei Fragen zu konzentrieren.

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT DES INNERN
INTÉRIEUR
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'INTÉRIEUR

2. Ein Transitabkommen muss folgenden Anforderungen genügen:

- Der Güterverkehr muss im Transit und im Umfang der uns bahnseitig zur Verfügung stehenden Kapazitäten auf die Schiene kommen.
- Der Güterverkehr muss auf der Schiene wie auf der Strasse seine Kosten tragen.
- Eine Aufweichung in der 40-Tonnen-Frage steht nicht zur Diskussion.
- Wir schlagen vor, für den Transitgüterverkehr Lösungen im Sinne der erst kürzlich veröffentlichten Urner Thesen zum Transit zu suchen.

In diesem Rahmen möchten wir Sie bitten, mittels einem Transitabkommen die Güter auf die Bahn zu bringen.

3. Auf dem Gebiet des Umweltschutzes darf die Schweiz nicht daran gehindert werden, ihre Normen - etwa bezüglich der erlaubten Umweltbelastungen von Fahrzeugen - weiterzuentwickeln. Dies bis zum Erreichen der gesetzlichen Vorgaben in diesem Bereich.

Es wird eine Mehrheit in der Schweiz sowohl für einen EWR-Vertrag wie für einen EG-Beitritt nur geben, wenn diese zwei zentralen Fragen ökonomisch und ökologisch richtig gelöst werden. Wir bitten Sie deshalb, sehr geehrter Herr Bundespräsident, sehr geehrte Herren Bundesräte, unsere Vorschläge bei Ihren weiteren Entscheiden zu den Verhandlungen zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ

Peter Bodenmann

Peter Bodenmann
Präsident

A. Dagué

André Dagué
Leitender Zentralsekretär

Flavio Cotti



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT DES INNERN
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'INTÉRIEUR
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'INTERNO

Bern, 18. Juni 1991

Für die Sitzung
 am 26. Juni 1991

Bern, den 20. Juni 1991

An den Bundesrat

An den Bundesrat

BEANTWORTUNG DES SCHREIBENS DER SPS VOM 2. JUNI 1991 AN
 DEN BUNDESRAT

Mitbericht

Beantwortung des Schreibens der SPS vom 2. Juni 1991 an

zum Antrag des EVD vom 14. Juni 1991

Wir beantragen, den 1. Abschnitt auf Seite 2 des Antwortentwurfs zu ersetzen durch:

"Was das Spannungsfeld Umweltschutz/EWR-Verhandlungen anbelangt, haben wir immer betont, dass das hohe schweizerische Schutzniveau erhalten bleiben muss. Ebenso ist das Recht zur Weiterentwicklung der Schutznormen unerlässlich."

Begründung:

Wir erachten es für wichtig, unsere zentralen Verhandlungsziele im Bereich des Umweltschutzes klar zu nennen. Hingegen schlagen wir vor, auf das Beispiel der Abgasvorschriften für Motorfahrzeuge zu verzichten, nachdem hier noch Fragen offen sind, z.B. im Bereich der schweren Nutzfahrzeuge.

Eidg. Departement des Innern

J.-P. Delamuraz

Flavio Cotti

Anlage: Neue Fassung des Antwortschreibens



2520.1

EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA
 DEPARTAMENT FEDERAL DA L'ECONOMIA PUBLICA

DER SCHWEIZERISCHE BUNDESRAT

Für die BR.-Sitzung
 vom 26. JUNI 1991

Bern, den 20. Juni 1991

Bern, den 20. Juni 1991

Sozialdemokratische Partei
 der Schweiz
 Postfach

An den Bundesrat

3001 - BERN

Beantwortung des Schreibens der SPS vom 2. Juni 1991 an den Bundesrat

Herr Präsident,

Herr Zentralsekretär,

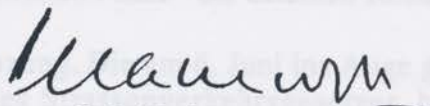
Stellungnahme zum Mitbericht des EDI vom 18. Juni 1991:

Wir sind mit dem vom EDI vorgeschlagenen Alternativtext einverstanden.

Schrittweise Umlagerung auf die Schiene nach Maßgabe unserer noch nachzustimmenden Kapazitäten auf der Schiene.

Kostendeckung des ÖPNV-Verkehrs
 netztrich nach die EG-Entwicklung
 der Wegekosten einschliesslich - in einer

EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRT-
 SCHAFTSDEPARTEMENT


 J.-P. Delamuraz

Die EG akzeptiert die 28-Tonnen Begrenzung
 geringfügigen Ausnahmen im Rahmen der
 keinen Einbruch, keine Aufweichung. Sie sind
 umfassendes Verhandlungsprozess zu werten, die an verschiedene Bedingungen
 geknüpft ist.

Beilage : Neue Fassung des Antwortschreibens



DER SCHWEIZERISCHE BUNDESRAT

Bern, den 26. Juni 1991

Sozialdemokratische Partei
der Schweiz
Postfach

3001 BERN

EWR - Verhandlungen / Verkehrsverhandlungen

Herr Präsident,
Herr Zentralsekretär,

Wir danken Ihnen für Ihr Schreiben vom 2. Juni 1991, mit dem Sie uns Ihren Standpunkt bezüglich EWR und Transit zur Kenntnis bringen.

Die von Ihnen formulierten Anforderungen an ein Verkehrsabkommen Schweiz - EG decken sich weitgehend mit unseren Zielsetzungen :

- Schrittweise Umlagerung auf die Schiene nach Massgabe unserer rasch zunehmenden Kapazitäten auf der Schiene.
- Kostendeckung des Güterverkehrs auf der Schiene wie auf der Strasse. Dabei sind natürlich auch die EG-Entwicklungen zu berücksichtigen, im Rahmen der Anlastung der Wegekosten einschliesslich - in einer zweiten Phase - der externen Kosten.
- Die EG akzeptiert die 28-Tonnen-Begrenzung. Die am 6. Juni ins Auge gefassten geringfügigen Ausnahmen, im Rahmen des Strassenverkehrsgesetzes, bedeuten keinen Einbruch, keine Aufweichung. Sie sind als minimale Flexibilität in einem umfassenden Verhandlungsprozess zu werten, die an verschiedene Bedingungen geknüpft ist.
- Die Urner Thesen zum Alpen transit werden zurzeit verwaltungsintern eingehend geprüft.

3003 Bern, 24. Juni 1991

Was das Spannungsfeld Umweltschutz/EWR-Verhandlungen anbelangt, haben wir immer betont, dass das hohe schweizerische Schutzniveau erhalten bleiben muss. Ebenso ist das Recht zur Weiterentwicklung der Schutznormen unerlässlich.

Schliesslich bekräftigen wir, dass die Schweiz auch in der Schlussphase zäh weiterverhandeln wird. Nach Abschluss der Verhandlungen werden wir das Gesamtergebnis werten und über das weitere Vorgehen entscheiden.

Wir danken für Ihr Interesse und Ihre Vorschläge und versichern Sie, Herr Präsident, Herr Zentralsekretär, unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Wir bestätigen den vom EVO am 20. Juni 1991 laut (EVO) einen Entwurf wie folgt zu ergäben:

1. Der Hinweis auf die externen Kosten (S. 1 zweiter Gedankenstrich) ist zu streichen.

Begründung:

Die EVO weist in Ihrem Schreiben das höchst komplexe und in der Fachwelt umstrittene Problem der externen Kosten nicht auf. Der Bundesrat sollte es vermeiden, sich unbedingterweise zu exponieren.

2. Der Absatz S. 1 dritter Gedankenstrich ist wie folgt zu ergänzen:
 "Die EG akzeptiert die wesentlichen Forderungen der Schweiz. So übernimmt sie (als von uns entwickelte Transportphilosophie des kombinierten Verkehrs. Sonntags- und Nachtfahrverbot sind nicht mehr besprochen. Die Forderung nach einem 40-Tonnen-Korridor wurde aufgegeben; die EG akzeptiert die 24-Tonnen-Begrenzung. Die am ..."



EIDGENÖSSISCHES VERKEHRS- UND ENERGIEWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DEPARTEMENT FEDERAL DES TRANSPORTS, DES COMMUNICATIONS ET DE L'ENERGIE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DEI TRASPORTI, DELLE COMUNICAZIONI E DELLE ENERGIE
 DEPARTAMENT FEDERAL DA TRAFFIC ED ENERGIA

3003 Bern, 24. Juni 1991



An den Bundesrat

Beantwortung des Schreibens der SPS vom 2. Juni 1991 an den Bundesrat

Mitbericht

wir beantragen den vom EVD am 20. Juni 1991 unterbreiteten Entwurf wie folgt zu ergänzen:

1. Der Hinweis auf die externen Kosten (S. 1, zweiter Gedankenstrich) ist zu streichen.

Begründung:

Die SPS wirft in ihrem Schreiben das höchst komplexe und in der Fachwelt umstrittene Problem der externen Kosten nicht auf. Der Bundesrat sollte es vermeiden, sich unnötigerweise zu exponieren.

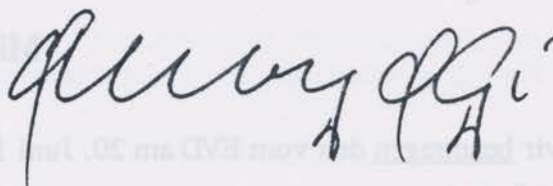
2. Der Absatz S. 1 dritter Gedankenstrich ist wie folgt zu ergänzen:
 "Die EG akzeptiert die wesentlichen Forderungen der Schweiz. So übernimmt sie die von uns entwickelte Transportphilosophie des kombinierten Verkehrs. Sonntags- und Nachtfahrverbot sind nicht mehr bestritten. Die Forderung nach einem 40 Tonnen-Korridor wurde aufgegeben; die EG akzeptiert die 28 Tonnen-Begrenzung. Die am ..."

EIDGENÖSSISCHES VERKEHRS- UND ENERGIEWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
DEPARTMENT FEDERAL DES TRANSPORTS DES COMMUNICATIONS ET DE L'ENERGIE
DIPARTIMENTO FEDERALE DEL T-RAPORT, DELLE COMUNICAZIONI E DELLE ENERGIE
DEPARTAMENTO FEDERAL DA TRAFIC ED-ENERGIA

Begründung:

In keiner der in jüngerer Zeit geführten internationalen Verhandlungen konnten die gesetzten Ziele (nicht nur die Bottom lines) so weitgehend durchgesetzt werden wie im Bereiche des Transportabkommens. Wir befinden uns in nächster Nähe eines für die Schweiz sehr günstigen Vertragsabschlusses. Das darf man ruhig durchblicken lassen.

EIDGENÖSSISCHES VERKEHRS- UND
ENERGIEWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT



Adolf Ogi

Der Hinweis auf die externen Kosten (2. I. zweiter Gedankenstrich) ist zu...

Bestimmung:

Die SP2 wird in ihrem Schreiben das höchst komplexe und in der Fachwelt umstrittene Problem der externen Kosten nicht auf. Der Bundesrat sollte es vermeiden, sich unbilligweise zu exponieren.

Der Absatz 2. I. dritter Gedankenstrich ist wie folgt zu ergänzen:
Die EU akzeptiert die wesentlichen Forderungen der Schweiz. So übernimmt sie die von uns entwickelte Transportrichtlinie des kombinierten Verkehrs. Seerangs- und Nachlastverbot sind nicht mehr besitzend. Die Forderung nach einem 40-Tonnen-Kontainer wurde aufgegeben; die EU akzeptiert die 28-Tonnen-Belastung. Die am ...



2520.1

EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA
 DEPARTAMENT FEDERAL DA L'ECONOMIA PUBLICA

Für die BR-Sitzung
 vom 26. Juni 1991

Bern, den 25. Juni 1991

An den Bundesrat

Beantwortung des Schreibens der SPS vom 2. Juni 1991 an den Bundesrat

Stellungnahme zum Mitbericht des EVED vom 24.6.1991 :

1. Wir sind mit der Streichung der externen Kosten nicht einverstanden. Die Rede ist von EG-Entwicklungen, in denen die externen Kosten thematisiert werden.
 Die wegen der laufenden Verhandlungen ohnehin schon substanzarme Antwort sollte nicht noch weiter abgeschwächt werden.
2. Mit der Ergänzung im dritten Gedankenstrich im wesentlichen einverstanden.

EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRT-
 SCHAFTSDEPARTEMENT

J.-P. Delamuraz

Beilage: Neue Fassung des Antwortentwurfs (24.6.91)



DER SCHWEIZERISCHE BUNDESRAT

Bern, den 26. Juni 1991

Sozialdemokratische Partei
der Schweiz
Postfach

3001 BERN

EWR - Verhandlungen / Verkehrsverhandlungen

Herr Präsident,
Herr Zentralsekretär,

Wir danken Ihnen für Ihr Schreiben vom 2. Juni 1991, mit dem Sie uns Ihren Standpunkt bezüglich EWR und Transit zur Kenntnis bringen.

Die von Ihnen formulierten Anforderungen an ein Verkehrsabkommen Schweiz - EG decken sich weitgehend mit unseren Zielsetzungen :

- Schrittweise Umlagerung auf die Schiene nach Massgabe unserer rasch zunehmenden Kapazitäten auf der Schiene.
- Kostendeckung des Güterverkehrs auf der Schiene wie auf der Strasse. Dabei sind natürlich auch die EG-Entwicklungen zu berücksichtigen, im Rahmen der Anlastung der Wegekosten einschliesslich - in einer zweiten Phase - der externen Kosten.
- Die EG akzeptiert die wesentlichen Forderungen der Schweiz. So übernimmt sie die Transportphilosophie des kombinierten Verkehrs. Sonntags- und Nachtfahrverbot sind nicht mehr bestritten. Die Forderung nach einem 40 Tonnen-Korridor wurde aufgegeben; die EG akzeptiert die 28-Tonnen-Begrenzung. Die am 6. Juni ins Auge gefassten geringfügigen Ausnahmen, im Rahmen des Strassenverkehrsgesetzes, bedeuten keinen Einbruch, keine Aufweichung. Sie sind als minimale Flexibilität in einem umfassenden Verhandlungsprozess zu werten, die an verschiedene Bedingungen geknüpft ist.

- Die Urner Thesen zum Alpen transit werden zurzeit verwaltungsintern eingehend geprüft.

Was das Spannungsfeld Umweltschutz/EWR-Verhandlungen anbelangt, haben wir immer betont, dass das hohe schweizerische Schutzniveau erhalten bleiben muss. Ebenso ist das Recht zur Weiterentwicklung der Schutznormen unerlässlich.

Schliesslich bekräftigen wir, dass die Schweiz auch in der Schlussphase zäh weiterverhandeln wird. Nach Abschluss der Verhandlungen werden wir das Gesamtergebnis werten und über das weitere Vorgehen entscheiden.

Wir danken für Ihr Interesse und Ihre Vorschläge und versichern Sie, Herr Präsident, Herr Zentralsekretär, unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Vernehmlichung

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Wir halten an unserem Antrag auf Streichung der externen Kosten fest.

weil die SFS in ihrem Schreiben dieses Problem nicht aufgeworfen hat

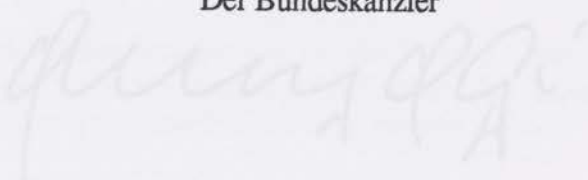
weil der Bundesrat nur Fragen beantworten sollte

Der Bundespräsident

weil das Problem der externen Kosten sehr komplex und in der Fachwelt höchst umstritten ist.

EIDGENÖSSISCHES VERKEHRS- UND
 ENERGIEWIRTSCHAFTSDEPARTMENT

Der Bundeskanzler



Adel Köppl



EIDGENÖSSISCHES VERKEHRS- UND ENERGIEWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DEPARTEMENT FEDERAL DES TRANSPORTS, DES COMMUNICATIONS ET DE L'ENERGIE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DEI TRASPORTI, DELLE COMUNICAZIONI E DELLE ENERGIE
 DEPARTAMENT FEDERAL DA TRAFFIC ED ENERGIA

Für die BR-Sitzung
 vom **26. JUNI 1991**

3003 Bern, 25. Juni 1991

An den Bundesrat 26. Juni 1991

Beantwortung des Schreibens der SPS vom 2. Juni 1991 an den Bundesrat

Vernehmlassung

zur Stellungnahme des EVD vom 25. Juni 1991

Wir halten an unserem Antrag auf Streichung der externen Kosten fest.

- weil die SPS in ihrem Schreiben dieses Problem nicht aufgeworfen hat
- weil der Bundesrat nur Fragen beantworten sollte, die gestellt wurden
- weil das Problem der externen Kosten sehr komplex und in der Fachwelt äusserst umstritten ist.

EIDGENÖSSISCHES VERKEHRS- UND
 ENERGIEWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

Adolf Ogi



DER SCHWEIZERISCHE BUNDES RAT

Bern, den 26. Juni 1991

Sozialdemokratische Partei
der Schweiz
Postfach

3001 BERN

EWR - Verhandlungen / Verkehrsverhandlungen

Herr Präsident,
Herr Zentralsekretär,

Wir danken Ihnen für Ihr Schreiben vom 2. Juni 1991, mit dem Sie uns Ihren Standpunkt bezüglich EWR und Transit zur Kenntnis bringen.

Die von Ihnen formulierten Anforderungen an ein Verkehrsabkommen Schweiz - EG decken sich weitgehend mit unseren Zielsetzungen :

- Schrittweise Umlagerung auf die Schiene nach Massgabe unserer rasch zunehmenden Kapazitäten auf der Schiene.
- Kostendeckung des Güterverkehrs auf der Schiene wie auf der Strasse. Dabei sind natürlich auch die EG-Entwicklungen zu berücksichtigen, im Rahmen der Anlastung der Wegekosten einschliesslich - in einer zweiten Phase - der externen Kosten.
- Die EG akzeptiert die wesentlichen Forderungen der Schweiz. So übernimmt sie die Transportphilosophie des kombinierten Verkehrs. Sonntags- und Nachtfahrverbot sind nicht mehr bestritten. Die Forderung nach einem 40 Tonnen-Korridor wurde aufgegeben; die EG akzeptiert die 28-Tonnen-Begrenzung. Die am 6. Juni ins Auge gefassten geringfügigen Ausnahmen, im Rahmen des Strassenverkehrsgesetzes, bedeuten keinen Einbruch, keine Aufweichung. Sie sind als minimale Flexibilität in einem umfassenden Verhandlungsprozess zu werten, die an verschiedene Bedingungen geknüpft ist.

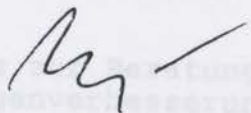
- Die Urner Thesen zum Alpen transit werden zurzeit verwaltungsintern eingehend geprüft.

Was das Spannungsfeld Umweltschutz/EWR-Verhandlungen anbelangt, haben wir immer betont, dass das hohe schweizerische Schutzniveau erhalten bleiben muss. Ebenso ist das Recht zur Weiterentwicklung der Schutznormen unerlässlich.

Schliesslich bekräftigen wir, dass die Schweiz auch in der Schlussphase zäh weiterverhandeln wird. Nach Abschluss der Verhandlungen werden wir das Gesamtergebnis werten und über das weitere Vorgehen entscheiden.

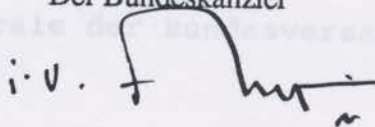
Wir danken für Ihr Interesse und Ihre Vorschläge und versichern Sie, Herr Präsident, Herr Zentralsekretär, unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates



Der Bundespräsident

Der Bundeskanzler



Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:



Bezeichnung	Ant.	Stimmen
FOA		
EDP	5	
ESD		
EVD	5	
EVED	5	
SN	3	
EPK		
St. De.		